

Lokal · Sozial · Engagiert

WORTlaut

Das Dialogmagazin der SPD Vahrenwald-List



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- Ungleichheit in Deutschland – Eine andere Verteilung ist nötig
- Berichte aus dem Bundestag, der Regionsversammlung sowie dem Bezirksrat
- Aktuelle Situation im Rathaus

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Aus dem Bundestag	5
Aus der Regionsversammlung: „Haltet den Dieb“ - mit „Regionsbashing“ von eigenen Fehlern ablenken!	6
Gastbeitrag	
Mehrdad Payandeh: Ungleichheit in Deutschland – Eine andere Verteilung ist nötig!	10
Aktuelles - Zwei Beiträge zur aktuellen Situation im Rathaus:	
Bruno Gill: Die unendliche Geschichte oder doch nicht?	14
Matthias Kappey: Aus den Wolken in die Wirklichkeit?	16
Aus dem Bezirksrat: Rückeroberung der Fußwege in der Jakobistraße	18
Jubilarehrung	20
Termine	21
Kontaktdaten	22

Foto auf dem Umschlag: Infostand zum Thema „Investitionen im Bundeshaushalt“ mit Thilo Scholz, Alptekin Kirci, Johana Kleindienst und Hilke Rebenstorf (vlnr.)

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Sommerpause neigt sich dem Ende zu. Im Ortsverein wollen wir weiter an unseren politischen Schwerpunkten arbeiten. Am 30.08. diskutieren wir mit Jugendrichter Ino Augenreich über Jugendgewalt und Jugendgerichtsbarkeit, am 01.09. findet in Kooperation der Fachtag „Wie kann gute Bildung Kinder- und Jugendarmut bekämpfen?“ statt. Beides reiht sich ein in



*Thilo Scholz,
OV-Vorsitzender*

unser Thema der Armutsbekämpfung – denn Jugendgewalt hat gerade auch sozio-ökonomische Hintergründe. Außerdem ist auf den Artikel „Ungleichheit in Deutschland – Eine andere Verteilung ist nötig!“ des DGB-Landesvorsitzenden Mehrdad Payandeh auf Seite 10 hinzuweisen.

Beim Fachtag wollen wir kreativ an Lösungen für eines der beschämendsten Themen der bundesdeutschen Gesellschaft suchen: Der Kinderarmut. Den Aufschlag haben wir bereits bei der offenen Vorstandssitzung im Juli gemeinsam mit Marco Brunotte und Isa Großmann (beide vom AWO-Bezirksverband Hannover, s. Fotos auf Seite 4) vorgenommen, die von den zahlreichen AWO-Initiativen gegen Kinderarmut berichteten.

Der SPD-Stadtverband Hannover hat eine Projektgruppe zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut initiiert (unser Kooperationspartner beim Fachtag). Hier ist vor allem unser Stadtratscherr Christopher Finck aktiv, der auch noch die Einberufung einer Armutskonferenz in Hannover anstrebt, die einer der Beiträge unseres Ortsvereins zum Kommunalwahlprogramm war.

Neben diesen Aktivitäten, die allesamt zu den Bemühungen zur Erneuerung der SPD zu zählen sind, kommen auch unsere „kulturellen“ Aktivitäten nicht zu kurz: Das Lister Meile Frühstück am 18.08, das (Spät-) Sommerfest am 15.09. oder die Jubilarehrung mit Ministerpräsident Stephan Weil am 27.10. seien hier zu nennen.

Somit gibt es viele Gelegenheiten, einander zu treffen und über die Neuaufstellung der SPD zu sprechen, zu streiten und konkrete Vorschläge zu entwickeln.

Herzliche Grüße

THILO SCHOLZ



Vorstandssitzung vom 26.7. (Bild oben Marco Brunotte, Isa Großmann und Thilo Scholz (vlnr.))



Aus dem Bundestag von Kerstin Tack

Liebe Genossinnen und Genossen,

die einen nennen es Sommertheater, die anderen gefährliches Zündeln, die nächsten pure Berechnung und Sorge um den Ausgang der Bayern-Wahl. Was auch immer es sein soll, es ist unverschämt, unangemessen und unanständig.



Kerstin Tack

Wochenlang haben CDU/CSU über Fragen des Asylrechts gestritten. Wir als Koalitionspartner waren weder involviert noch informiert beim sog. Masterplan Migration des Innenministers und Parteivorsitzenden der CSU Seehofer. In welcher Rolle er seinen Plan verfasst hat, ist nicht bekannt. Fakt ist, der Plan wurde im Bundesinnenministerium geschrieben.

Der Koalitionsausschuss hat nunmehr eine Vereinbarung getroffen, die dem Beschluss des SPD-Parteivorstandes weitestgehend entspricht.

Aber klar ist auch: Wäre es um die Sache gegangen, wäre eine Lösung sicher geräuschloser und schneller möglich gewesen. Dieses Theater hinterlässt auch bei mir eine große Skepsis, wie eine künftige Zusammenarbeit sich gestalten wird.

Die erzielten Beschlüsse stellen das Recht auf Asyl oder Rechte nach der Genfer Flüchtlingskonvention nicht in Frage. In den sog. Dublin-Fällen sollen die Verfahren beschleunigt werden. Das betrifft Personen, die in anderen EU-Mitgliedsstaaten bereits registriert worden sind, so dass gerade auch für die Betroffenen schnell Klarheit darüber herrschen soll, wo ihr Verfahren durchgeführt wird. Einen nationalen Alleingang wird

es nicht geben. Lösungsansätze können nur mit Europa bzw. einzelnen Mitgliedstaaten erfolgen. Gerade Staaten, die an den Außengrenzen der EU liegen (z.B. Griechenland und Italien) werden besonders unterstützt. Es gibt keine geschlossenen Lager oder einseitige Zurückweisungen an der Grenze. Ein Gesetz, das die legale Einwanderung ermöglichen und regeln soll, wird noch in diesem Jahr durch die Regierung beschlossen. Das ist aus meiner Sicht der wichtigste Punkt der Vereinbarung.

Aber die größte Sorge die ich habe ist, dass die Rechtspopulisten weiter alles versuchen werden, um mit den Ängsten zu spielen. Deshalb sind wir umso mehr aufgefordert, Lösungen zu erarbeiten, die Fluchtursachen zu bekämpfen und Schwierigkeiten bei der Integration klar zu benennen und abzustellen. Und wir müssen immer wieder für ein starkes Europa eintreten!

Ich wünsche Euch einen erholsamen Sommer und freue mich auf unsere weiteren Gespräche.

Herzlichst Eure

Kerstin Tack

Aus der Regionsversammlung – von Walter Richter

„Haltet den Dieb“ - mit „Regionsbashing“ von eigenen Fehlern ablenken!

Zwischen der SPD - Ratsfraktion und der SPD - Regionsfraktion gibt es Zoff.

Auslöser sind zunächst Vorwürfe von Mitgliedern der Ratsfraktion - effektiv über die Medien transportiert -, die Region verschlafe die Verkehrswende und zugleich Forderungen nach ÖPNV in der Region zum Nulltarif.

Gute Idee, hatten wir 1969 schon im Visier. (Leider nichts draus geworden, weil nicht finanzierbar.) Fazit: Nur einen Stein in den Teich vom Nachbarn werfen und sich dann einen schlanken Fuß machen, keine Antworten zur Finanzierung und zu den vielen operativen Fragen haben, ist schlichter Populismus. Nach dem kurzen Strohfeuer war das Thema schnell vom Tisch.

Das Problem ist nicht, ein wichtiges, gutes und kontroverses Thema in die Diskussion zu bringen (auch wenn es offensichtlich kurzfristig nicht realisierbar ist), wir wollen ja diskutieren und neue Lösungen finden! Das Problem ist vielmehr, wenn ein SPD-Organ sich zu Lasten eines anderen medienwirksam ohne Vorankündigung profilieren will. Cui bono? - wem nützt das? Außer dem politischen Gegner!

Dann wird ein zweites Fass aufgemacht, Hochbahnsteige an der Stadthalle. Stadtverwaltung und Ratspolitik wissen nicht, was sie wollen, verzögern das Verfahren und wollen den Schwarzen Peter der Region in die Schuhe schieben. Inzwischen vergessen, weil nicht so öffentlichkeitswirksam. Übrig bleibt: die SPD streitet mal wieder. Und: wenn die Stadt-SPD über die Regions-SPD meckert, muss ja wohl was dran sein.

Aktueller Streit: der Anschluss des Neubaugebietes Conti Limmer an die Stadtbahn. Wieder mal öffentlichkeitswirksam, die Regions-SPD bevorzugt nur das Umland und benachteiligt die Stadt und verweigert den Stadtbahnanschluss für Conti Limmer, etwas vornehmer "Wasserstadt Limmer" genannt. Und der Chefökonom der Stadtverwaltung, Stadtbaurat Bode-mann, erklärt, dann bauen wir selber - bei den paar Millionen. Damit wird in gnadenloser Selbstüberschätzung eine Diskussion losgetreten, wozu brauchen wir die Region überhaupt noch? Der Mikrokosmos Landeshauptstadt feiert sich selber, Brexit auf hannöversch.

Dabei ist der Sachverhalt relativ simpel. In dem geplanten Stadtteil werden - natürlich erst nach Fertigstellung - ca. 3.000 Menschen wohnen. Das sind zu wenig für einen halbwegs wirtschaftlich vertretbaren Schienen-nahverkehr.

Für die öffentliche Förderung durch Bund und Landesmittel gibt es standardisierte Verfahren, welche die volkswirtschaftliche Rentabilität (nicht die betriebswirtschaftliche!) des Projektes ermittelt.

Diese ist bei allen untersuchten Erschließungsvarianten (zehn an der Zahl) nicht gegeben, wie ein unabhängiger Gutachter festgestellt hat. Bei vielen anderen Projekten ist das aber der Fall. Hinzu kommt - und das ist noch schwerwiegender (weil: was scheren uns die jährlichen Betriebskostenverluste) bei einem Aufsplitten der Linie 10 in drei Äste, die Bedienungsqualität auf allen drei Ästen zu schlecht wird, so dass der ÖPNV an den Ästen unattraktiv wird. Das gilt insbesondere für Ahlem-Mitte mit seinen derzeit 5.800 Bewohnern im Einzugsgebiet, das derzeit einen komfortablen Takt von 7,5 Minuten hat, der sich dann auf 15 min verschlechtern würde. Mit der geplanten Anbindung der Wasserstadt Limmer durch eine Elektrobuslinie im 7,5 Minutentakt in die Innenstadt ist der Stadtteil (eine etwas überzogene Begrifflichkeit für 3000 Einwohner im Jahr 2030), sehr gut bedient. Bei einem Stadtbahnanschluss wäre auch hier nur ein 15 Minutentakt möglich.

Übrigens, wenn sich die Verhältnisse ändern, kann später jederzeit ein Stadtbahnanschluss realisiert werden, wenn die Stadt die Trassen freihält. Das ist seitens der Region auch zugesagt.

Ferner: mit der Aufstellung des Nahverkehrsplans 2015 der Region Hannover wurden die Anregungen und Wünsche der Stadt Hannover zur Wasserstadt übernommen. Die zur Lektüre empfohlene Informationsdrucksache 1340 (IV) der Region ist

mit der Stadtverwaltung abgestimmt. Ein Angebot seitens der Region im Bauausschuss der LHH den Sachverhalt vorzutragen und sich der Diskussion zu stellen, wurde von der Stadtverwaltung nicht angenommen.



Walter Richter

bis 8.000 Menschen wohnen könnten, einen B-Plan für nur 3.000 Menschen beschließt, kann nicht den Kostenträger dafür verantwortlich machen, wenn eine Stadtbahnanbindung wirtschaftlich nicht vertretbar ist.

Ich erwarte von den Verantwortlichen in der hannoverschen SPD und der Ratsfraktion, dass sie diesem ignoranten und parteischädigenden Verhalten einiger Weniger Einhalt gebieten, damit wir zukünftig unterschiedliche Positionen zunächst intern sachlich diskutieren und nach außen ein geschlossenes Bild abgeben. Das wäre mein Wunsch.

Im Übrigen, kann sich irgend jemand daran erinnern, dass es seitens der SPD Regionsfraktion ein vergleichbares öffentliches medienwirksames "Ratsfraktionsbashing" gegeben hätte, obwohl es genügend Anlass dazu gäbe?

Viele Grüße

Euer Walter Richter

Verursacher des Streites ist die Stadt selber. In einem - die Wohnungsnot in Hannover vollständig ignorierend - fast zehn Jahre dauernden Planungsprozess, die für ein Wohngebiet, indem bei guter städtebaulicher Qualität 5.000

Ungleichheit in Deutschland – Eine andere Verteilung ist nötig!

Die Entwicklungsorganisation Oxfam hat kürzlich festgestellt, dass 42 Menschen mehr Vermögen besitzen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Auch wurde viel über die sogenannten „1 Prozent“ auf der einen und den restlichen „99 Prozent“ auf der anderen Seite der Vermögenspyramide berichtet. Seit der Finanzkrise und den Rettungspaketen für Banken wächst die Erkenntnis, dass es immer ungerechter zugeht: 70 Prozent der deutschen Bevölkerung empfinden die wirtschaftlichen Verhältnisse als nicht gerecht.

Vorbei sind die Zeiten, in denen Armutforscher als Sozialromantiker verspottet wurden. Renommiertere Wissenschaftler wie Joseph Stiglitz oder Anthony Atkinson haben mit ihren Arbeiten jüngst viel Aufmerksamkeit hervorgerufen und Anerkennung erhalten. Nicht zuletzt Thomas Pikettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ hat die Debatte international neu beflügelt.

Der DGB hat in seinem Verteilungsbericht 2017 auf die zunehmende soziale Schieflage hingewiesen. Die Ergebnisse belegen die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in Deutschland. Die Zahl der Superreichen und deren Vermögen nehmen stetig zu, während auf der anderen Seite Einkommens- und Vermögensschwächere und Menschen, die von Armut bedroht sind, mehr werden. Und das trotz guter wirtschaftlicher Lage und eines robusten Arbeitsmarktes.

Die Lohnquote ist im Trend rückläufig. In Deutschland beliefen sich die realen Bruttolohnzuwächse im letzten Jahr, auch aufgrund geringer Inflation, auf 1,9 Prozent.

Seit der Jahrtausendwende entwickelten sie sich allerdings durchschnittlich nur um 0,4 Prozent.

An der Spitze der Einkommensskala sieht die Gegenwart hingegen rosiger aus. Die Gehälter der Top-Manager konnten in den vergangenen Jahren kräftig zulegen. Ein Dax-Vorstand „verdient“ mittlerweile das 71-Fache dessen, was durchschnittliche Beschäftigte erhalten. Anders gesagt: Für das Vorstandsgehalt eines Jahres müssten Normal-Beschäftigte im gleichen Unternehmen 71 Jahre arbeiten.

Die Verteilung der individuellen Vermögen gibt zusätzlich Auskunft über wirtschaftliche und soziale Chancen in unserer Gesellschaft. Hierzulande ist die Vermögenskonzentration außerordentlich hoch. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzen 59,8 Prozent des Gesamtvermögens. Das vermögendste 1 Prozent verfügt über genauso viel Vermögen wie 88 Prozent der Bundesbürger.

Eine ungleiche Verteilung der finanziellen Ressourcen ist nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen bedenklich, sie stellt auch eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Die aufkeimenden rechtspopulistischen und nationalistischen Tendenzen in Deutschland sind Ausdruck dessen, dass sich ein immer größerer Teil der Bevölkerung von der ökonomischen Teilhabe ausgegrenzt fühlt. Nicht zu Unrecht: Eine aktuelle Auswertung der Hans-Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass zwar das Bruttoinlandsprodukt in den letzten 25 Jahren um 40 Prozent gestiegen ist, aber das gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsniveau auf dem gleichen Stand wie Mitte der 1990er Jahre liegt.

Ungleichheit ist darüber hinaus ökonomisch schädlich. Durch eine ungleiche Verteilung gehen volkswirtschaftliche Wachstumspotenziale dauerhaft verloren. Ärmere können wenig sparen. Sie müssen

aber einen größeren Teil ihres Geldes für täglich notwendige Güter und Dienstleistungen ausgeben und stützen somit die Binnenwirtschaft. Konzentriert sich aber ein immer größerer Teil des Volkseinkommens bei



*Dr. Mehrdad Payandeh
(Foto DGB)*

den Reichen und Super-Reichen, nimmt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen trotz existierender Bedarfe sukzessive ab. Das hat auch Folgen für die Investitionen der Unternehmen. Diese investieren nur dann in Produktionsanlagen

sowie in Forschung und Entwicklung, wenn ihre Produkte auf eine entsprechende Nachfrage stoßen. Ohne diese Voraussetzung beflügeln die Ersparnisse aber keine Investitionen. Auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagen investieren Superreiche ihre Ersparnisse dann oftmals in riskante Finanzprodukte. Welche fatalen Folgen dies nach sich ziehen kann, zeigte sich in der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die Gründe für die schiefe Verteilung liegen auf der Hand. Ungleichheit ist kein Naturgesetz, sondern Folge jahrelanger Umverteilung von unten nach oben.

Der Ausbau des Niedriglohnsektors wurde in der Vergangenheit politisch forciert. Atypische Arbeitsverhältnisse sind seit Jahren auf dem Vormarsch. Dies führt zu erheblichen Lohneinbußen, die Betroffenen kommen deshalb kaum über die Runden. Doch damit nicht genug: Vermögende wurden auch noch durch zahlreiche Steuergeschenke privilegiert. Zulasten der Normalverdiener; zulasten der öffentlichen Hand, die in Folge der Steuermindereinnahmen entweder mehr Schulden machen oder ihre Ausgaben für Zukunftsinvestitionen oder Beschäftigung zurückfahren musste.

Das Ergebnis: Marode öffentliche Infrastruktur, steigende Arbeitsbelastung und schlechtere Bezahlung für Beschäftigte.

Die Missstände sind offensichtlich. Es gibt aber auch positive Entwicklungen. Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland im letzten Jahr wurde ein Anfang gemacht, die ökonomische Ungleichheit zumindest zu verringern. Vom Mindestlohn profitieren insbesondere Ungelernte, Frauen und Beschäftigte in den neuen Bundesländern.

Erfreulich ist auch, dass sich die Einkommenssituation vieler Beschäftigten durch die guten Tarifabschlüsse der letzten Jahre real verbessert hat. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden weiterhin alles unternehmen, um diese Entwicklung weiter voranzutreiben und somit einen Beitrag zu einer gerechteren Verteilung in der Gesellschaft zu leisten.

Dennoch bleibt viel zu tun: Nun ist die Politik gefragt. Vermögende müssen zukünftig einen größeren Beitrag zum Gemeinwohl erbringen. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Hierfür bedarf es der Wiedereinführung der Vermögensteuer, einer wirkungsvollen Erbschaftsteuer sowie höherer Steuern auf Spitzeneinkommen. Mit einer Finanztransaktionssteuer ließen sich die Ausschläge an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten reduzieren. Die letzte Krise offenbarte eindrücklich, dass die Beschäftigten die Leidtragenden von ökonomischen Verwerfungen waren. Die Abgeltungssteuer gehört abgeschafft. Die umlagefinanzierte Rente muss gestärkt werden, um die drohende flächendeckende Altersarmut zu bekämpfen. Und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind besser zu regulieren und zurückzudrängen

Unsere Gesellschaft kann sich angesichts der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen eine ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen nicht leisten. Wir brauchen mehr denn je Investitionen in die Infrastruktur, den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und in Bildung. Fakt ist: Die Bekämpfung der Ungleichheit ist eine der zentralen Fragen unserer Zeit.

Dr. Mehrdad Payandeh, Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Mehrdad ist Mitglied unseres Ortsvereins. Wir haben ihn um einen Gastbeitrag gebeten.

Zwei Beiträge zur aktuellen Situation im Rathaus:

Bruno Gill: Die unendliche Geschichte oder doch nicht

Nach monatelanger Berichterstattung in der Presse, ist in der Sommerpause Ruhe ins Rathaus eingekehrt. Monatelang haben die Medien immer wieder das Gleiche von der so genannten Rathausaffäre geschrieben. Dabei wurde auch viel spekuliert, wer, was, wann wusste.

Mein Wissensstand ist: Stefan Schostok wollte einen eigenen Ausschuss haben und der Rat richtete den Ausschuss „Angelegenheiten des Oberbürgermeisters“ ein. Für diesen Ausschuss brauchte Stefan einen Verwaltungsvertreter, das wurde Frank Herbert. Danach wurde Harald Härke beauftragt, zu prüfen ob Frank Herbert hierfür eine Zulage erhalten kann.

Frank Herbert bekam diese Zulage, aber bis heute wissen wir nicht, wer diese im Innenministerium genehmigt hat oder auch nicht.

Im gleichen Zeitraum wollte Harald Härke für seine Freundin, die auch im Rathaus beschäftigt ist, eine höherwertige Stelle organisieren.

Als dies bekannt wurde, hat Stefan ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Mittlerweile wurde auch Anzeige gegen Harald Härke erstattet, Ausgang offen. Im nächsten Schritt kam heraus, dass Frank Herbert noch eine weitere Zulage haben wollte, diese aber von Härke abgelehnt wurde.

Die SPD-Ratsfraktion hat dies alles nach und nach von Stefan berichtet bekommen.

Kurz vor der Sommerpause gab es eine rege Diskussion zu dem Thema, wobei die Fraktion geteilter Meinung war. Die einen fühlten sich gut informiert, die anderen fanden die Salamtaktik unmöglich.

Im Moment warten wir darauf, wie das Strafverfahren ausgeht, damit auch die Disziplinarverfahren abgeschlossen werden können.

Das Ganze sorgt bei den MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung für Unruhe.

Das die Verantwortlichen aus dem Rathaus sich nicht öffentlich geäußert haben, liegt daran, dass die Informationen vertraulich zu behandeln sind.

Bruno Gill

Mitglied des Stadtrats

Matthias Kappey: Aus den Wolken in die Wirklichkeit?

Vor ca. einem halben Jahr hatte ich im Wortlaut einen Artikel zu Stefan Schostok geschrieben und eine Überschrift der HAZ verwendet: „Mann in den Wolken“. Damals ging es um Vorwürfe gegen den OB wegen seiner Amtsführung, insbesondere wegen der Affäre Härke. Inzwischen ist aus der Affäre Härke eine Rathausaffäre mit staatsanwaltlichen Ermittlungen geworden, in deren Fokus Härke, Herbert und Schostok stehen.

Am Anfang ging es in der Öffentlichkeit nur um den Bruch in der persönlichen Beziehung zwischen dem OB und dem Dezernenten. Danach erlebten wir zumindest aus der Ferne ein eigenartiges Schauspiel, das für mich wie eine regelrechte (Selbst-) Zerstörungswut von Harald Härke gegen Stefan Schostok wirkte.

Als bisher traurigen Höhepunkt sind in diesem Sommer Teile der Personalakte von Frank Herbert im Landtag aufgetaucht, zudem veröffentlichte Herbert selbst Teile seiner Personalakte und löste damit zwangsläufig Ermittlungen gegen sich, Härke und Stefan Schostok aus.

Auch die Durchsuchungen waren nun wirklich nicht mehr überraschend. Wir alle konnten aus der Zeitung erfahren, dass Herbert und ein weiterer Beamter unrechtmäßige Zulagen erhielten und durften zudem Teile (!) eines bemerkenswerten Schriftwechsels via WhatsApp zwischen Schostok und Härke in der HAZ lesen und uns an anonymen Briefe an die Presse und Amtsträgern erfreuen. Daneben konnten wir ein Krisenmanagement im gewohnten Stil der vorherigen Monate verfolgen, das vermutlich nicht nur mich vorsichtig formuliert irritiert zurücklässt und bei mir den Eindruck erweckt, dass einige Akteure die Umstände offensichtlich als deutlich weniger brisant als ich bewerten.

Wer was wusste, wer was veranlasste etc. werden wir wohl erst nach Abschluss der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und ggf. der Kommunalaufsicht erfahren, wenn sich dies überhaupt zweifelsfrei klären lässt. Kurzfristig wird dies aber mit Sicherheit nicht sein, da anscheinend im nicht ganz unerheblichen Maß Unterlagen beschlagnahmt wurden und diese erst ausgewertet werden müssen. Ein halbes Jahr ist dabei schnell um.

Was bleibt danach oder bis dahin? Dies müssen wir wohl einfach abwarten. Was für mich aber klar ist, dass wir einen mit der Stimme des OB als entscheidende Stimme suspendierten Personaldezernenten haben, der sich selbst unmöglich gemacht hat. Wir haben einen Ex-Büro-Leiter des OB, der unzulässige Zulagen verlangt haben soll und erhalten hat und so als Büroleiter eines Oberbürgermeisters in meinen Augen nicht tragbar ist. Und daneben haben wir einen OB der sich im besten Fall wieder nach seiner Amtsführung fragen lassen muss. Seinem engsten Mitarbeiter wird eklatantes Fehlverhalten vorgeworfen und Stefan hat dies nicht bemerkt und vor allem nicht sinnvoll und effektiv beendet. (Nach seiner Einlassung sollte Herbert die Fragen selber klären.) Stefan muss diese Fehler und auch schon die in den Artikeln in der HAZ deutlich werdende Kritik an seiner Amtsführung analysieren, ernstnehmen und als Chance annehmen. Derartige Fehler dürfen sich schlicht nicht wiederholen!

Matthias Kappey



Infostand vom 16.6 mit Christoph Hennig, Herbert Müller, Oliver Waffender, Joana Kleindienst und Alptekin Kirci (vlnr,)

Aus dem Bezirksrat von Thomas Bechinie

Rückeroberung der Fußwege in der Jakobistraße

Seit vielen Jahren wird das Parken auf den Gehwegen der Jakobistraße geduldet. Vahrenwald-List gehört zu den toleranten Stadtbezirken und alle kennen die Not der Autofahrer*innen, einen Parkplatz zu finden. Aber leider hat sich das Verhalten der Autofahrenden verändert. Immer häufiger machen sie deutlich, dass sie schließlich ein "Recht auf das Gehwegparken" hätten - wo sollten sie denn sonst hin? Unserer Bezirksratsfraktion werden immer häufiger Beschwerden von Anwohner*innen bekannt, die fast überfahren werden, wenn sie aus dem Hauseingang treten oder sogar angehupt, wenn sie nicht schnell genug zur Seite gehen. Mitarbeiter des Bringdienstes an der Ecke "Am Schatzkampe" beschimpft Fußgänger*innen, die sich an der Ecke un-

terhalten, weil sie dann zwecks Beladung ihres Firmenwagens nicht auf **ihrem** „Gehwegparkplatz mitten auf dem Fußweg“ parken können. Dieses rücksichtslose, egoistische und auch gefährliche Verhalten (vielleicht einiger weniger?) macht jetzt leider politisches Handeln



Thomas Bechinie

erforderlich! Dass auch die Feuerwehr bei einer Übung in der Jakobistraße via Presse bekanntgab, dass sie zum Retten von Einwohner*innen in den oberen Geschossen bei Brand Platz auf dem Gehweg

benötigt, lies die Autofahrer*innen bislang unbeeindruckt. In den letzten Jahren gab es öfter Gespräche zwischen Mitgliedern der SPD-Bezirksratsfraktion und widerrechtlich Parkenden. Ohne Erfolg. Regelmäßig und mitunter in aggressivem Ton wird auf das Recht auf Parkplatz gepocht. Man zahle ja schließlich Kfz-Steuern und könne daher auf jedem freien Platz parken. Die SPD-Vahrenwald-List hat ihren Wählern im Wahlprogramm versprochen, dass der Straßenraum gerecht unter den Verkehrsteilnehmer*innen aufgeteilt werden soll. Bisher kann von Gerechtigkeit keine Rede sein: Autofahrende nutzen zwei Fahrspuren, zwei Parkspuren und auch noch beidseitig die Gehwege. Damit ist jetzt Schluss! Wir erobern die Fußwege wieder für die Fußgänger*innen zurück! Deshalb wird demnächst vorerst die nordöstliche Jakobistraße auf den Gehwegen "abgepollert". Der entsprechende Beschluss wurde in der Sitzung vor der Sommerpause angenommen - gegen die Stimmen der CDU, die sich so gerne als "law-and-order-Partei" ausgibt, aber solche Ordnungswidrigkeiten zu Lasten der schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen unterstützt

Die Autofahrer werden wütend sein, aber wir bewahren Haltung, handeln konsequent mit sicherem Kompass und setzen Zeile für Zeile unser Wahlprogramm um.

Thomas Bechinie

Jubilarehrung

Liebe Genossinnen und Genossen,

die diesjährige Jubilarehrung findet am Samstag, 27. Oktober um 15 Uhr in NOVOTEL Hannover (Podbielskistraße 21-23, nahe Lister Platz) statt. Bei Kaffee und Kuchen wird unser Landesvorsitzender und Ministerpräsident Stephan Weil die Ehrung vornehmen.

Bitte meldet euch bei Angelika Hoops (angelika.hoops@gmx.de oder 0511-666235), Susanne Stucke (susanne.stucke@hotmail.de oder 0511-3502355) oder Cornelia Walter (corwalter@gmx.de oder 0511-7276055) an. Für Nicht-Jubilare fällt ein Kostenbeitrag von 10€ an.

Wir freuen uns auf eure Anmeldungen!



Geli Hoops und Petra Himstedt (vl.) geben am 6.6. Kuchen aus beim Kaffeetrinken im AWO-Seniorenheim, zu dem AWO- und SPD-Ortsverein regelmäßig einladen.

Termine August bis Oktober

Ortsvereinsvorstand:

23.8., 27.9., 25.10. und 22.11. um 19:30h im FZH Vahrenwald

Stammtisch:

5.9., 10.10., 7.11. um 20:00 Uhr in der Kneipe „Fiedel“

Frühstück in der Lister Meile – GesprächspartnerInnen sind u.a. Regionspräsident Hauke Jagau, Oberbürgermeister Stefan Schostok, MdB Kerstin Tack, MdL Alptekin Kirci und viele kommunale MandatsträgerInnen.

Sa., 18.8., 10:30 Uhr, Lister Meile – Ecke Körtingstraße

Diskussionsveranstaltung zu Jugendgewalt und Jugendgerichtsbarkeit mit Jugendrichter Ino Augenreich, Amtsgericht Hannover

Do., 30.8., 19:30h, FZH Vahrenwald

Fachtag „Wie kann gute Bildung Kinder- und Jugendarmut bekämpfen?“ mit MdL Stefan Politze, Schulleiter Frank Post, Sprachförderexpertin Claudia Bax u.v.a. (in Kooperation mit der SPD Hannover, u.A.w.g. an thiloscholz@yahoo.de).

Sa., 1.9., 10:30-15:30h, FZH Vahrenwald

Abend für neue und zugezogene Mitglieder – Vorstellung der Strukturen der SPD (u.A.w.g. an thiloscholz@yahoo.de).

Do., 6.9., 19:00h, FZH Vahrenwald

(Spät-) Sommerfest, Apenrader Str. 23, bitte Salate etc. mitbringen (u.A.w.g. an gerlach.1952@web.de).

Sa., 15.9., 16:00h, Garten von Bruno Gill

Jubilarehrung mit Ministerpräsident Stephan Weil
(u.A.w.g. an corwalter@gmx.de). Sa., 27.10., 15:00h,
Novotel Podbielkistraße

Weitere Termine auf der Homepage: https://spd-vahrenwald-list.de/_termine/

Kontaktdaten OVV Vahrenwald-List

Stand: 01.08.2018

In der Homepagevariante entfernt.

Der Ortsverein im Internet: www.spd-list-vahrenwald.de
und unter Facebook (Suchbegriff SPD Vahrenwald-List)

Impressum

In eigener Sache: Der WORTlaut verändert sich. Die Redaktion besteht laut Beschluss des OV-Vorstands vom 26.07.2018 aus Matthias Kappey, Thilo Scholz und Cornelia Walter. Dem ausscheidenden René Reith-Schäfer gilt unser Dank. Künftig bilden die Ausgaben stärker inhaltliche Schwerpunkte. Den erforderlichen Platz schaffen wir u.a. durch eine Umstrukturierung bei den MandatsträgerInnenberichten, Terminen und Kontakten. Weitere Anregungen sind willkommen. – Die Redaktion

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thilo Scholz, Vorsitzender SPD-Ortsverein Vahrenwald-List, Odeonstraße 15 /16, 30159 Hannover

E-Mail: info@spd-list-vahrenwald.de

Redaktion: Matthias Kappey (kappey@web.de), Thilo Scholz und Cornelia Walter (corwalter@gmx.de)

Layout und Satz: Matthias Kappey

Druck: SPD-Druckerei, Odeonstraße 15/16, 30159
Hannover

Auflage: 490 Exemplare

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 01.08.2018

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im De-
zember 2018.

Impressionen von Veranstaltungen des Ortsvereins

Infostände



Auftritt der ROTheute bei der Fete de la Musique



Sozialer Stadtspaziergang am 15.06.2018

